

Ist Zuwanderung die Lösung des Fachkräftemangels oder ihre Ursache?

Auf eine Kleine Anfrage der AfD verstrickt sich die Bundesregierung in widersprüchlichen Aussagen.

Schenkt man den Ausführungen von Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden Glauben, könnte der Fachkräftemangel in machen Berufen nur durch Zuwanderung behoben werden. Die AfD-Bundestagsfraktion wollte in diesem Zusammenhang mit einer Kleinen Anfrage (BT-Ds. 19/05409) wissen, was die Bundesregierung überhaupt unter Fachkräftemangel versteht und wie sich die Faktenlage konkret darstellt. Die Antwort der Bundesregierung ist insofern kurios, als sie nicht sagen kann, wie viele Fachkräfte seit 2010 nach Deutschland eingewandert sind, während sie gleichzeitig erklärt, dass die Zuwanderung bereits heute zu einer Verbesserung der Fachkräftesituation beigetragen habe.

Der stellvertretende AfD-Bundestagsfraktionsvorsitzende und Leiter des Arbeitskreises Wirtschaft und Energie, **Tino Chrupalla**, kann über die Aussagen der Bundesregierung nur den Kopf schütteln: „Obwohl die Bundesregierung nicht genau weiß, wie viele Fachkräfte seit 2010 nach Deutschland eingewandert sind, erklärt sie, dass Zuwanderung bereits heute zu einer Verbesserung der Fachkräftesituation beiträgt. Worauf die Bundesregierung ihre These stützt, verrät sie nicht. Wenn die Aussage zuträfe, dass Zuwanderung bereits heute die Fachkräftesituation verbessert, dürfte doch angesichts der Tatsache, dass in den letzten drei Jahren zirka zwei Millionen Menschen mehr nach Deutschland ein- als ausgewandert sind, überhaupt kein Fachkräfteproblem bestehen.“

Angesichts dieses Widerspruchs, so Chrupalla, könnte man in

Bezug auf den behaupteten Fachkräftemangel zu einem ganz anderen Schluss kommen: „Könnte es sein, dass Migration den Bedarf an Fachkräften gar nicht deckt, sondern stattdessen zu einem erhöhten Bedarf an Fachkräften führt? Schließlich benötigen diese zwei Millionen zugewanderten Menschen wiederum Wohnungen, Ärzte, Pflegefachkräfte, Lehrer, Sozialarbeiter und noch viel mehr. Offenbar hat die Bundesregierung den Rattenschwanz an Folgeerscheinungen nicht berücksichtigt, den die Zuwanderung so vieler Menschen nach sich zieht“, so Chrupalla.